

N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 38. Sitzung des Ortsbeirates Prohlis (OBR Pro/038/2018)

am Montag, 24. September 2018,

17:00 Uhr

**im Ortsamt Prohlis, Bürgersaal,
Prohliser Allee 10, 01239 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 21:17 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

Jörg Lämmerhirt

Mitglied Liste CDU

Dr. Claus-Peter Geier

Mario Schmidt

Denny Schneider

Martin Stein

Heiko Thater

Mitglied Liste DIE LINKE

Annett Adam

Eva Apfelbaum

Frank Christian Ludwig

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Julia Günther

Stefanie Kaps

Mitglied Liste SPD

Dorothee Marth

Uwe Petersen

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Harald Gilke

Mitglied Liste FDP

Gerhard Staudinger

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Peter Munkelt

Mitglied Liste NPD

Maik Müller

Stellvertretende Mitglieder

Dieter Gaitzsch

Vertretung für Herrn Torben Wendel

Abwesend:**Mitglied Liste CDU**

Ralf Leidel

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Thomas Golbing

Verwaltung:

Dr. Michael Kaiser	GB 6 – 61
Patrick Fischbach	GB 3
Hartmut Vorjohann	GB 2
Sabine Grohmann	GB 2 - 55

Schriftführer/-in:

Steffen Schüller

Sachbearbeiter Stadtbezirksbeiratsangelegenheiten

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Eröffnung der Sitzung durch den Ortsamtsleiter, Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Kontrolle der Niederschrift zur 37. Ortsbeiratssitzung am 27.08.2018
- 2 Weiterentwicklung der frühkindlichen und schulischen Bildungsstrategie der Landeshauptstadt Dresden **V2182/18
beratend**
- 3 Verknüpfung der Buslinien 75 und 94 **V2483/18
beratend**
- 4 Haushaltssatzung 2019/2020 und Wirtschaftspläne 2019 der Eigenbetriebe - 1. Lesung **V2583/18
beratend**
- 5 Allgemeine Richtlinie zur Abgrenzung von an Stadtbezirke übertragene Aufgaben gemäß § 71 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO sowie von Aufgaben der Ortschaftsräte gemäß § 67 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO (Aufgabenabgrenzungsrichtlinie) **V2523/18
beratend**
- 6 Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Gewährung von Zuwendungen für stadtteil-bezogene Vorhaben (Stadtbezirksförderrichtlinie) unter Abänderung des Beschlusses V0448/15 vom 19. November 2015 **V2524/18
beratend**
- 7 Geschäftsordnung der Stadtbezirksbeiräte unter Änderung des Stadtratsbeschlusses V0577/10 vom 27. Januar 2011 **V2525/18
beratend**
- 8 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte
- 9 Informationen des Ortsamtsleiters/Sonstiges

öffentlich

Einleitung:

1 Eröffnung der Sitzung durch den Ortsamtsleiter, Feststellung der form- und fristgerechten Ladung sowie Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung, Kontrolle der Niederschrift zur 37. Ortsbeiratssitzung am 27.08.2018

Stadtbezirksamtsleiter Herr Lämmerhirt eröffnet die Sitzung und stellt bei zunächst 15 anwesenden Stadtbezirksbeiräten bzw. Stellvertretern die Beschlussfähigkeit fest. Es fehlen entschuldigt Herr Wendel mit Vertretung sowie Herr Golbing und Herr Leidel ohne Vertretung. Herr Ludwig und Herr Schneider erscheinen unmittelbar zu Beginn von TOP 2.

Die Einladung zur Sitzung erfolgte form- und fristgerecht, die Tagesordnung wird bestätigt. Da sich Herr Fischbach von GB 3 aufgrund der Teilnahme an einer Ausschusssitzung verspätet, wird im Laufe der Sitzung der TOP 7 „Haushaltssatzung 2019/2020“ vorgezogen.

Bezüglich der Niederschrift der letzten Sitzung merkt Herr Schmidt an, dass bei den Sitzungsterminen 2019 die Februarsitzung in der 6. KW stattfindet, hier stehe noch die Kalenderwoche des ursprünglichen Termins. Die Niederschrift wird ansonsten bestätigt.

Die Niederschrift der heutigen Sitzung werden Herr Petersen und Herr Gilke prüfen und gegenzeichnen.

**2 Weiterentwicklung der frühkindlichen und schulischen Bildungsstrategie der Landeshauptstadt Dresden V2182/18
beratend**

Der Beigeordnete des zuständigen Geschäftsbereiches Bildung und Jugend, Herr Vorjohann, stellt die Vorlage persönlich vor, ihn sowie Frau Grohmann vom Eigenbetrieb Kindertageseinrichtungen begrüßt Herr Lämmerhirt herzlich.

Herr Vorjohann führt aus, dass man bei diesem Thema nicht bei null anfange, vielmehr gehe es um eine Weiterentwicklung. Er steigt ein mit den aktuellen Arbeitslosenzahlen für Dresden, welche einen Indikator für den Bildungsstand einer Gesellschaft darstellten. Im Gegensatz zur Situation vor 15 Jahren sei in Dresden dankenswerterweise keine Massenarbeitslosigkeit mehr zu verzeichnen, heute stelle sich eher die Frage, wie bekomme man die vielen Ausbildungsstellen besetzt? Nicht destotrotz führe Arbeitslosigkeit zu schlechteren Voraussetzungen für Kinder in betroffenen Familien (fehlende Bildungsabschlüsse, höheres Armutsrisiko). In Prohlis, Reick und Gorbitz sei der Rückgang der Arbeitslosigkeit im gesamtstädtischen Vergleich am schwächsten ausgeprägt, der 2. Bildungsbericht von 2014 habe dies bereits aufgezeigt. Aktuelle Zahlen änderten dies für die benannten Gebiete nur marginal.

Anhand einer Grafik zeigt Herr Vorjohann den Zusammenhang von Bildungserfolg und daraus resultierenden Lebensperspektiven je nach stadt- bzw. sozialräumlichen Lage auf. Kinder aus sozial schwachen Gebieten bekämen oftmals einen ziemlich schweren Rucksack mit, was z. B. auch an den Zahlen zu Gymnasialempfehlungen an Grundschulen ablesbar sei. Die Migrations-

aufgabe komme in den benachteiligten Räumen erschwerend hinzu. Gleiches gelte auch für Oberschulstandorte.

Schlussfolgend habe man sich die Aufgabe gestellt, eine sog. Bildungswertschöpfungskette zu organisieren. Neben all den Dingen, die man bereits tue, solle noch mehr in frühkindliche Bildung investiert werden, auch mit zusätzlichen finanziellen Ressourcen.

Frau Grohmann stellt das Handlungsprogramm „Aufwachsen in sozialer Verantwortung“ vor, welches Bildung und Erziehung der Kinder in den Familien unterstützen und ergänzen solle. Besonderen Benachteiligungen wolle man damit entgegenwirken. Gerade kleinere Kinder seien besonders lernmotiviert, dies wolle man nutzen. Dabei sei die Sprachentwicklung in den frühen Lebensjahren ein Schwerpunkt. Das Lernen, nicht nur vom Erwachsenen, sondern auch von Kind zu Kind, sei eine weitere Chance. Neben der Betreuungsfunktion solle die Bildungsfunktion intensiviert werden, auch wenn dies zum Teil über den eigentlichen Auftrag der Kitas hinausgehe. Ausgleich von sozial bedingten Startnachteilen, Prävention und Elternbildung seien Mehraufträge an die Einrichtungen. Ein sich daraus ergebender Mehrbedarfsindex (ca. dreimal so hoch) mache bei den am stärksten belasteten Kitas einen höheren Betreuungsschlüssel (Fachkraft-Kind-Schlüssel 1:3 Krippe, 1:7,5 Kita) erforderlich. Auch das Sachkostenbudget solle erhöht werden (150 Euro/Kind). Der Stadtrat habe den Auftrag erteilt, das Handlungsprogramm auch auf Horte auszudehnen. Dies werde man jedoch von Standort zu Standort differenziert umsetzen.

Herr Vorjohann ergänzt, dass das Thema in die Länderhoheit hineinreiche und man daher neue Wege gehen müsse. Das Konzept des Familienklassenzimmers sei hier beispielgebend. Relevante Eltern würden in einen Gruppenprozess mit hineingenommen, um förderfähigen Kindern die Chance auf einen Besuch der Regelschule zu ermöglichen. Ein Modellprojekt in Gorbitz dazu sei sehr erfolgreich gelaufen. Schwierig sei, dass nicht das Jugendamt, sondern die Schulleitung definiere, wer eine solche Förderung erhalte. Man habe aber mit allen Beteiligten einen Kompromiss gefunden, geplant sei, dieses Konzept u. a. auch an der 120. und 122. Grundschule in Prohlis anzubieten.

Die Weiterentwicklung der Bildungsstrategie koste in den nächsten zwei Jahren zusätzlich ca. 12 Mio. Euro. Da der städtische Haushalt durch die gute Konjunktur aber entlastet werde und auch die Kosten der Unterkunft rückläufig seien, könne man zusätzliches Geld in die Bildung investieren. Dabei stelle die Verdopplung des Personalschlüssels den Hauptanteil (allein 2020 6,37 Mio. Euro).

Versuchen wolle man, dass der Freistaat sich an der Finanzierung (auch beim Ausbau des Familienklassenzimmers) beteilige. Die Verstetigung der Schulsozialarbeit gehöre hier ebenfalls dazu. Das Thema einer besseren Schüler-/Lehrerrelation habe derzeit jedoch nur wenig Erfolgsaussichten.

Herr Lämmerhirt dankt für die umfangreiche und sehr detaillierte Vorstellung und bittet die Stadtbezirksbeiräte um Rückfragen.

Herr Gilke: Wofür werden die 150 Euro/Kind genau eingesetzt?

Frau Grohmann: Man habe sich konkret die Einrichtungen angeschaut und überlegt, was diesen helfen könnte? Eine Möglichkeit seien Kooperationsvereinbarungen mit Kultureinrichtungen (z. B. Theater für Zweijährige). Ziel sei es, dass zusätzliche Angebote für Familien entgeltfrei blieben.

Herr Gilke: Wie soll das Handlungsprogramm bei Kitas mit offenem Konzept funktionieren?

Frau Grohmann: Die Konzeptdiskussion sei immer präsent, wobei offenes Konzept nicht automatisch Erziehung ohne Regeln bedeute. Alle Kitas, die in das Handlungsprogramm involviert würden, hätten kein offenes Konzept.

Herr Gilke: Es sei in der Vorlage von Förderung der Mehrsprachigkeit die Rede, welche Bedeutung hat dann noch die deutsche Sprache?

Frau Grohmann: Die Vermittlung der deutschen Sprache sei eine der Hauptaufgaben. Damit Kinder ankommen können, müsse man aber zunächst die Muttersprache mit anbieten.

Herr Gilke: Woher sollen die zusätzlich benötigten Fachkräfte kommen?

Frau Grohmann: Sicher werde es nicht leicht, ausreichend geeignete Mitarbeiter zu finden, auch, da es sich um besonders herausfordernde Aufgaben handle. Andererseits lasse der Reiz dieser Aufgabe aber hoffen, dass es genügend Bewerbungen geben werde.

Herr Gaitzsch: Grundsätzlich finde er das Konzept gut, leider bekämpfe es aber nur Auswirkungen (wie Langzeitarbeitslosigkeit) und nicht Ursachen. Auch die Konzentration auf wenige Kitas sehe er kritisch, da dies zwangsläufig zu einer Stigmatisierung aller Kinder in Prohlis führe.

Herr Vorjohann: Eine Durchmischung der Stadt sei ein Idealzustand, den es nie geben werde. Problemlagen werde es immer geben, der geplante soziale Wohnungsbau dürfte dies künftig noch verstärken. Die Abstimmung mit den Füßen bei der Auswahl der Einrichtungen gäbe es, die Eltern wüssten, was los sei, deshalb könne man nicht von Stigmatisierung sprechen. Eine Transparenz bei diesem Thema und die konkrete Förderung solle dem begegnen, nicht wissend, ob das Konzept letztlich aufgehe.

Frau Marth: Sie begrüße das Vorhaben ebenfalls, zusätzliches Geld für Prohlis sei immer gut. Allerdings könne sie auch die Bedenken von Herrn Gaitzsch verstehen. Das bisherige Handlungsprogramm habe nie auf spezielle Einrichtungen abgestellt, dies werde nunmehr aufgelöst. Das Thema eines besseren Betreuungsschlüssels für alle Einrichtungen müsse ihrer Meinung nach grundsätzlich auf Landesebene gelöst werden. Aus dem Jugendhilfeausschuss wisse sie, dass die zusätzlichen Mittel für das Familienklassenzimmer noch vakant seien.

Frau Grohmann: Jedes Kind sei besonders, fördern wolle man aber dort, wo es Häufungen von Benachteiligungen gäbe (sog. anregungsarme Welten).

Herr Vorjohann: Soziale Gerechtigkeit habe ihre Berechtigung und werde nicht ausgehebelt, man gehe hier neue Wege, alle Beteiligten, auch anderer politischer Spektren, mit ins Boot zu holen. Fachkräftemangel werde das große Thema der nächsten Jahre, diesbezügliche Anstrengungen sollten alle erreichen, Einheimische wie Migranten. Die Verteilung mit der Gießkanne (wie in der Vergangenheit) sei nicht zielführend.

Herr Staudinger: Aus seiner Sicht gäbe es noch eine weitere Ungleichheit durch die unterschiedlichen Einkommen von Elternhäusern, so hätten Eltern in Prohlis selten das Geld für eine teure Klassenfahrt. Er begrüße daher das vorgestellte Programm, der Mehreinsatz personell und materiell werde generell zu einer besseren Sicht auf Prohlis führen. Ein Ausgleich zwischen den Einrichtungen sei aber zwingend nötig.

Herr Schmidt: Das Thema Sprachauffälligkeit sei in Prohlis akut, gehe man darauf bei der Personalausstattung ein?

Frau Grohmann: Auch Logopäden und Sprachheilkräfte würden eingestellt.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung
Ja 17 Nein 0 Enthaltung 0

Der Stadtbezirksbeirat Prohlis spricht sich einstimmig für die Weiterentwicklung der frühkindlichen und schulischen Bildung aus.

3 Verknüpfung der Buslinien 75 und 94

**V2483/18
beratend**

Herr Lämmerhirt begrüßt Herrn Dr. Kaiser vom Stadtplanungsamt und Herrn Lieberoth von der DVB AG. In der Arbeitsgruppe ÖPNV habe man das Projekt bereits vorgestellt, er freue sich, dass dies heute vertieft werde.

Herr Dr. Kaiser führt aus, dass zwei separate Buslinien mit Verbindungen über die Stadtgrenzen hinaus (94 Niederwartha, 75 Goppeln) im Stadtzentrum verbunden werden sollen (bessere Innenstadtanbindung, Reduktion von Umsteigezwängen, Einsparung von Pkw-Fahrten durch zusätzliche Fahrgäste). Dies sei aber auf Grund der baulichen und verkehrlichen Gegebenheiten nicht ohne weiteres möglich. Daher habe man die Idee entwickelt, eine neue Linie mit neuem Taktschema zu schaffen. Ein Problem stelle dabei der Wegfall der Haltestelle Pirnaischer Platz dar (ca. 600 Fahrgäste betroffen), da dortige Umsteigemöglichkeiten künftig wegfallen. Dies könne man aber durch Umsteigemöglichkeiten an benachbarten Haltestellen kompensieren.

Herr Lieberoth ergänzt, dass die Hälfte aller Fahrten in der Webergasse enden würden. Eine wachsende Nachfrage im Einzugsgebiet gehe von 1.700 zusätzlichen Fahrgästen aus. Er bittet um Zustimmung zur Inbetriebnahme der neuen Linie.

Herr Munkelt: Er bittet um Erläuterungen der Fahrzeiten am Wochenende sowie im Abend- und Nachtverkehr?

Herr Lieberoth: Hier werde sich nichts gravierend ändern, auch das Nachttaxi ab Wasaplatz nach 1 Uhr bleibe erhalten.

Herr Petersen: Er kenne Befürchtungen, dass die 75 eines Tages ganz eingestellt wird, dem stünden die jetzigen Planungen glücklicherweise entgegen.

Herr Schmidt: Er selbst nutze die Linie 75 täglich und befürchtet, dass sich das Verspätungspotential der neuen Linie noch erhöhen wird. Deshalb befürworte er eher eine Verbindung der jetzigen beiden Linien am Postplatz. Wie lang wird die künftige maximale Fahrzeit sein?

Herr Dr. Kaiser: Es stimme, eine lange Linie schleppe oftmals Verspätungen mit sich. Langfristig werde aber mit der Umfahrung Cossebaudes eine Verbesserung eintreten.

Herr Lieberoth: Sicher könne man Verspätungen durch zusätzliche Busse ausgleichen, dies sei aber nicht zielführend, Verspätungen könne man nie ausschließen (auch nicht bei Straßenbahnen). Fakt sei, dass die Situation mit der Zusammenlegung nicht schlechter werde, die Durchbindung bei anderen Linien habe den positiven Effekt bisher immer bestätigt.

Herr Schmidt: Wenn der Bus an der Haltestelle Webergasse endet, fährt er dann trotzdem den Postplatz an?

Herr Dr. Kaiser: Der Postplatz werde nicht angefahren, allerdings die Haltestelle Prager Straße.

Herr Gilke: Er befürchtet bei einer so langen Linie auch lange Lenkzeiten für die Busfahrer.

Herr Lieberoth: Ruhezeiten an den Endpunkten bzw. eine Ablösung, um Pausenzeiten zu gewährleisten, würden garantiert.

Herr Gilke: Wie sind bisherige Erfahrungen mit E-Bussen?

Herr Lieberoth: Es gab bisher in Dresden einen E-Bus, welchen man im Linienbetrieb getestet habe. Derzeit fehle ein marktreifes Angebot für längere Strecken (400 bis 500 Kilometer/Tag). Die DVB AG beteilige sich vorerst nicht weiter an Testprojekten, man stehe aber mit anderen Städten in Verbindung und werte deren Erfahrungen aus. Die Wirtschaftlichkeit müsse in jedem Fall gegeben sein, bevor es zum Einsatz solcher Busse kommt.

Herr Gilke: Woher nimmt man die Prognose, dass mit der neuen Linie künftig 570 Pkw-Fahrten am Tag wegfallen?

Herr Lieberoth: Man könne ziemlich genau die Zahl neu hinzukommender Fahrgäste und deren Zusammensetzung (Fahrradfahrer, Fußgänger, aber eben auch Pkw-Fahrer) ermitteln.

Frau Günther: Sie begrüßt die Anbindung an die Prager Straße, besonders auch aus Sicht älterer Bürger und möchte die Gelegenheit nutzen, und um Sitzgelegenheiten an den Haltestellen Alt-leubnitz und Dohnaer Straße bitten, möglichst vor 2019.

Herr Lieberoth: Er werde das Anliegen mitnehmen.

Herr Stein: Bei allen Vorteilen müsse man beachten, dass die wegfallende Anbindung des Postplatzes ein wesentlicher Nachteil sei. Er stellt folgenden Prüfantrag:

Vor Einführung der Liniennetzänderung soll geprüft werden, ob der Bus, der an der Haltestelle Webergasse endet, bis zur Haltestelle Postplatz geführt werden kann. Der Stadtbezirksbeirat ist über das Ergebnis zu informieren.

Abstimmungsergebnis Prüfauftrag: Zustimmung

Ja 15 Nein 0 Enthaltung 2

Abstimmungsergebnis: Zustimmung mit Ergänzung
Ja 16 Nein 1 Enthaltung 0

Der Stadtbezirksbeirat Prohlis spricht sich mehrheitlich für die Verknüpfung der beiden Buslinien aus.

19 Uhr Frau Marth verlässt die Sitzung.

4 Haushaltssatzung 2019/2020 und Wirtschaftspläne 2019 der Eigenbetriebe - 1. Lesung

**V2583/18
beratend**

Herr Lämmerhirt erläutert, dass die geänderte Hauptsatzung auch zu einer Behandlung der Haushaltssatzung im Stadtbezirksbeirat führe. Er habe heute eigentlich erläutern wollen, wo die einzelnen Positionen des künftigen Budgets lt. Stadtratsbeschluss vom 30.08.2018 stehen. Im Haushalt seien aber nur 10 Euro pro Einwohner abgebildet, weitere Gelder habe er nicht gefunden.

den. Zu einer diesbezüglichen Anfrage an die Kämmerei stehe die Antwort noch aus. Um auf die 25 Euro pro Einwohner zu kommen, seien weitere 7,8 Mio. Euro erforderlich, lediglich für die Parkpflege seien 1 Mio. Euro eingestellt. Die Liste der Grünanlagen und Straßen, für die der Stadtbezirk künftig zuständig sein soll, erhalte man erst im November. Die Höhe der Gelder zur Förderung von Vereinen und Stadtfesten werde ebenfalls nicht konkret festgeschrieben. Er gehe davon aus, dass es bald belastbare Zahlen gebe, über diese werde man noch vor der 2. Lesung informieren. Grundsätzlich handle es sich dabei um konsumtive Mittel, die im Einzelfall jedoch auch in investiv gewandelt werden könnten.

Herr Lämmerhirt bittet die Stadtbezirksräte um Fragen, die man an die Kämmerei weiterleiten kann. Eine Abstimmung erfolge heute nicht. Am 29. Oktober finde die 2. Lesung statt, danach werde ein Beschluss gefasst. Die Sondersitzung dazu hänge mit einem festgesetzten Zeitfenster zusammen, dass es einzuhalten gelte.

Frau Günther: Was muss der Stadtbezirksbeirat bis zur nächsten Lesung konkret leisten?

Herr Lämmerhirt: Er schlägt vor, bis spätestens 8. Oktober konkrete Fragen, Hinweise und Wünsche an das Stadtbezirksamt zu richten.

Herr Staudinger: Die nicht auffindbaren Mittel von 15 Euro/Einwohner betreffen zu übertragende Aufgaben, er hoffe, dass damit nicht schon lange auf sich wartende Investitionen z. B. im Straßenbau finanziert würden. Unklar für ihn sei, was aus welchem Budget finanziert wird?

Herr Lämmerhirt: Für Straßenbau sei der Stadtbezirksbeirat nicht zuständig. Es sei eine völlig neue Situation, keiner habe derzeit Erfahrungen, die Aufgabenabgrenzungsrichtlinie werde entsprechendes festlegen.

Herr Gilke: Er wisse, dass die Ortschaften gute Erfahrungen damit gemacht hätten, überregionale Projekte durch eine Beteiligung anzustoßen. Diesen Effekt erhoffe er sich auch für die Stadtbezirke.

Die 1. Lesung wird beendet.

5 Allgemeine Richtlinie zur Abgrenzung von an Stadtbezirke übertragene Aufgaben gemäß § 71 Abs. 2 Satz 4 SächsGemO sowie von Aufgaben der Ortschaftsräte gemäß § 67 Abs. 1 Satz 2 SächsGemO (Aufgabenabgrenzungsrichtlinie)

**V2523/18
beratend**

Herr Lämmerhirt begrüßt Herrn Fischbach, juristischer Referent beim Geschäftsbereich Ordnung und Sicherheit. Bei der gerade erfolgten Haushaltsberatung sei das Thema Aufgabenabgrenzung ja bereits angeschnitten worden, er bittet Herr Fischbach um die Vorstellung der Vorlage.

Herr Fischbach führt aus, dass er die Zuständigkeiten und Aufgaben der Stadtbezirksbeiräte ab dem 01.01.2019 erläutern wolle. Es solle eine Richtlinie erlassen werden, welche einen genauen Katalog künftiger Aufgaben des Stadtbezirksbeirates benenne. Bisherige Beteiligungsrechte bestünden weiterhin. Alle Straßenbaumaßnahmen würden immer beim Straßen- und Tiefbauamtes angesiedelt (Produkthaushalt). Künftig könne der Stadtbezirksbeirat aber sagen, welche Prioritäten er beim Straßenbau setzen wolle. Dazu seien Vorarbeiten des Straßen- und Tiefbauamtes erforderlich, die derzeit leider noch nicht vorlägen. Das Geld dafür bleibe beim Fachamt. Bei

einer örtlichen Angelegenheit sei der Stadtbezirksbeirat zuständig (Entscheidung), bei überörtlichen Angelegenheiten gäbe es zumindest die Beteiligung.

Die Entscheidung über die örtlichen Park- und Grünanlagen werde ebenfalls beim Stadtbezirksbeirat liegen. Auch hier mache die Definierung überörtlicher Belange (z. B. Denkmalschutz, Landschaftsschutz) den Unterschied. Natürlich könne man dennoch mit Zustimmung der zuständigen Behörde z. B. Erhaltungsmaßnahmen erwirken. Rasenmähen gehöre nicht dazu, die Umgestaltung von Parkanlagen aber schon.

Der größte Posten im Tagesgeschäft werde die Förderung von Vereinen und Verbänden. Hier laufe die Abgrenzung über den Sitz oder das Wirken des Vereins/Verbandes im Stadtbezirk. Aufgaben, die durch Gesetz anderen Gremien zugeordnet sind, entfielen.

Die Pflege des Brauchtums sei ein weiterer Schwerpunkt und z. B. über die Vereinsförderung möglich.

Information, Dokumentation und Repräsentation seien weitere Aufgaben, hier seien z. B. Eigenpublikationen möglich.

Herr Lämmerhirt dankt für die Ausführungen und bittet die Stadtbezirksbeiräte um Rückfragen.

Herr Ludwig: Der Stadtbezirksbeirat werde in seinen Vorhaben immer davon abhängig sein, was die Verwaltung vorplane. Wie wird sichergestellt, dass es dennoch genügend Wahlmöglichkeiten gibt.

Herr Fischbach: Genau aus diesem Grund werde das Straßen- und Tiefbauamt eine Vorschlagsliste erstellen, die der Stadtbezirksrat im Einzelnen priorisieren und (nach Freigabe durch den Oberbürgermeister) beschließen könne. In den Ortschaften sei dies gängige Praxis, dabei gäbe es gute und weniger gute Erfahrungen.

Herr Lämmerhirt: Diese Liste müsse so schnell wie möglich kommen, damit Vorhaben im nächsten Jahr realisiert werden können. Auch wünsche er sich generell eine Liste der Straßen, für die der Stadtbezirksbeirat Prohlis zuständig ist.

Herr Fischbach: Das Straßen- und Tiefbauamt arbeite mit Nachdruck an der Liste, er gehe davon aus, dass diese spätestens im November vorliegt. Dies gelte auch für die Liste der zuständigen Straßen.

Herr Gilke: In der Haushaltsberatung habe er bereits die Möglichkeit angesprochen, über die Freiheit im Budget gezielt (auch überregionale) Projekte anzustoßen.

Herr Fischbach: In den Ortschaftsräten sei dies bereits Praxis, über die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel mache man Angebote, auch, um so Fördermittel vom Land zu bekommen. Diese Möglichkeit stehe auch den Stadtbezirksbeiräten offen.

Herr Gilke: Was passiert mit Geldern, die bis zum Jahresende nicht ausgegeben werden?

Herr Fischbach: Haushaltsjahresende sei immer der 31. Dezember, Mittel, die bis dahin nicht ausgegeben werden, stünden dann nicht mehr zur Verfügung. Hier müssten rechtzeitig Gegenmaßnahmen ergriffen werden.

Frau Günther: Wird die jetzige Vorlage zeitnah evaluiert, um künftige Erfahrungen einfließen zu lassen?

Herr Fischbach: Richtlinien könne man jederzeit anpassen, andere Stadtbezirksbeiräte hätten bereits Anträge zur Evaluierung als Ergänzungsbeschluss eingebracht.

Herr Schmidt bringt folgenden Ergänzungsantrag ein:

In Absprache mit Herrn Schmidt bringt Frau Günther folgenden Ergänzungsantrag ein (Herr Schmidt zieht gleichzeitig seinen Antrag zurück):

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Aufgabenabgrenzungsrichtlinie bis zum Juni 2020 auf ihre Praktikabilität zu evaluieren und dem Stadtrat darüber zu berichten.

Abstimmung Ergänzung: Zustimmung
Ja 15 Nein 1 Enthaltung 0

Abstimmungsergebnis: Zustimmung mit Ergänzung
Ja 10 Nein 2 Enthaltung 4

Der Stadtbezirksbeirat Prohlis stimmt der Abgrenzungsrichtlinie für an die Stadtbezirke übertragene Aufgaben einschließlich einer Ergänzung mehrheitlich zu.

6	Richtlinie der Landeshauptstadt Dresden über die Gewährung von Zuwendungen für stadtteil-bezogene Vorhaben (Stadtbezirksförderrichtlinie) unter Abänderung des Beschlusses V0448/15 vom 19. November 2015	V2524/18 beratend
----------	--	------------------------------

Herr Fischbach führt aus, dass der Stadtbezirksbeirat neue (sog. abgeleitete) Rechte erhalte, welche der Stadtrat größtenteils vorgeben werde. Die beträfe u. a. auch die Stadtbezirksförderrichtlinie. Anlage 2 der Vorlage (Synopsis) zeige die Unterschiede zwischen der bisher bestehenden Fachförderrichtlinie der Ortsämter sowie der künftigen Stadtbezirksförderrichtlinie. Neu sei z. B., dass nunmehr eine Förderung von Kleinprojekten bis zu 100 Prozent möglich sei. Bereits in der Einleitung werde der Aufgabenkatalog benannt, einzelne Formulierungen habe man geändert bzw. ergänzt, was die Arbeit des Stadtbezirksbeirates aber nicht einschränken werde. Besonders wichtig für die Stadtbezirksbeiräte sei die neue Möglichkeit, Aufgaben nicht nur an Fachämter, sondern z. B. auch an Vereine übertragen zu können. Um unbürokratischer agieren zu können, sei ein Verfahren vorgesehen, bei dem über kleinere Beträge per Umlaufbeschluss (Zustimmung durch Schweigen) entschieden werden kann.

Herr Lämmerhirt: Bisher stünden ihm gerade einmal 3.000 Euro im Jahr für beide Ortsämter zur Verfügung, insofern gibt es keine großen Erfahrungen mit der Vergabe von Zuwendungen. Er bittet um Rückfragen zum Thema.

Herr Staudinger: Förderungen seien ja grundsätzlich freiwillige Leistungen des Fördermittelgebers, die Richtlinie lese sich für ihn nunmehr so, dass dem Stadtbezirksbeirat Aufgaben übertragen würden, deren Finanzierung über Fördermittel erfolgten. Dies sei nicht zielführend.

Herr Fischbach: Wenn Projekte über zur Verfügung stehende Mittel nicht ausreichend finanziert werden können, könne man über Sponsoren weitere Mittel einwerben. Dies sei hier gemeint.

Herr Gilke: So wie es formuliert sei, sei es missverständlich und seiner Meinung nach nicht eindeutig geregelt.

Herr Staudinger:

~~§ 4 Abs. 2: Die ehrenamtliche Tätigkeit endet ferner, sowie die Voraussetzungen des § 18 SächsGemO vorliegen.~~

Die ehrenamtliche Tätigkeit eines Mitgliedes des Stadtbezirksbeirates kann darüber hinaus auf seinen Antrag hin aus wichtigem Grund enden, wenn die Voraussetzungen des § 18 SächsGemO vorliegen.

Herr Staudinger sehe hier bezüglich des Ausscheidens eines Stadtbezirksbeiratsmitgliedes einen Widerspruch zu § 18 SächsGemO.

Herr Fischbach: Hier gehe es ausschließlich um die Möglichkeit, ein Ehrenamt ablehnen zu können.

Herr Schmidt: Man dürfe § 18 SächsGemO nicht aus dem Zusammenhang heraus interpretieren, es gehe wirklich darum, wann man nicht berufen werden darf und nicht um eine Abberufung.

Herr Staudinger: Man hätte die alte Formulierung aus der GO OBR übernehmen können.

Herr Fischbach: Die neue Formulierung sei zwingend, da in der Vergangenheit Ortsbeiräte bestellt worden seien, künftig diese aber direkt gewählt würden.

Abstimmung: Zustimmung

Ja 9 Nein 0 Enthaltung 7

Herr Schneider:

~~§ 10 Abs. 4 Satz 3: Ein Mitglied des Stadtbezirksbeirates darf höchstens zweimal zu demselben Verhandlungsgegenstand sprechen.~~

ersatzlose Streichung

Herr Schneider begründet den Antrag auf Streichung des Satzes mit der fehlenden Erfahrung gerade jüngerer Stadtbezirksbeiräte, diesen müsse man zugestehen, sich in einer Sache auch öfters als zweimal zu äußern.

Herr Fischbach: Hier handle es sich um eine Angleichung an die Regelung des Stadtrates, Ziel sei, alle Geschäftsordnungen der Gremien anzugleichen und unnötigen Debatten zu verhindern.

Herr Gaitzsch unterstützt den Antrag von Herrn Schneider, der Stadtbezirksrat verfüge nicht über Ausschüsse, daher müsse eine ausreichende Diskussion in den Sitzungen möglich sein.

Abstimmung: Zustimmung

Ja 13 Nein 2 Enthaltung 1

Herr Munkelt:

§ 11 Abs. 2 Satz 2: Sie (Anträge zur Sache) sind durch Aufheben beider Hände anzuzeigen.

§ 11 ist durch eine Festlegung zu ergänzen, die es behinderten Menschen, die körperlich oder anderweitig nicht in der Lage sind, beide Hände aufzuheben, ermöglicht, Anträge zur Sache zu stellen.

Herr Munkelt habe selbst ein Handicap, welches ihm das Heben beider Arme nicht ermögliche.
Herr Fischbach: Normalerweise wisse der Sitzungsleiter, wenn bei einem Gremienmitglied ein Handicap vorliegt und bewerte eine Wortmeldung, gleich welcher Art, entsprechend.

Abstimmung: Zustimmung
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 1

Frau Günther:

§ 15 GO Ortsbeirat vom 27.01.2011: Der Ortsbeirat kann die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister ersuchen, eine jede Beigeordnete/einen jeden Beigeordneten zu einem Tagesordnungspunkt der nächstfolgenden Ortsbeiratssitzung oder zu Sachanliegen zu hören und zu befragen. Die Beigeordnete/Der Beigeordnete soll sich im Verhinderungsfall durch mit der Angelegenheit betraute Mitarbeiterin oder Mitarbeiter, z. B. die zuständige Amtsleiterin/den zuständigen Amtsleiter, vertreten lassen.

Der gestrichene Paragraf ist wie folgt wiederaufzunehmen: Der Stadtbezirksrat kann die Oberbürgermeisterin/den Oberbürgermeister ersuchen, eine jede Beigeordnete/einen jeden Beigeordneten zu einem Tagesordnungspunkt der nächstfolgenden Ortsbeiratssitzung oder zu Sachanliegen zu hören und zu befragen. Die Beigeordnete/Der Beigeordnete soll sich im Verhinderungsfall durch mit der Angelegenheit betraute Mitarbeiterin oder Mitarbeiter, z. B. die zuständige Amtsleiterin/den zuständigen Amtsleiter, vertreten lassen.

Lt. Frau Günther solle der § 15 erhalten bleiben, um dem Stadtbezirksbeirat die Möglichkeit zu erhalten, bei für den Stadtbezirk wichtigen Themen kompetente Vertreter der Verwaltung einladen zu können.

Abstimmung: Zustimmung
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 2

Herr Munkelt: Wie ist künftig die Stellvertretung des Stadtbezirksamtsleiters und der Stadtbezirksbeiräte geregelt?

Herr Fischbach: Generell zuständig für die Sitzungsleitung sei der Oberbürgermeister, er legt einen Vertreter fest oder kommt selbst. Die Stellvertretung werde in der GO nicht gesondert geregelt. Stellvertreter der direkt gewählten Stadtbezirksbeiräte gäbe es künftig nicht mehr, ist ein Stadtbezirksbeirat verhindert, bleibe der Stuhl leer.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung mit Änderung
Ja 16 Nein 0 Enthaltung 0

Einschließlich der beschlossenen Änderungen bestätigt der Stadtbezirksbeirat Prohlis die Geschäftsordnung der Stadtbezirksräte einstimmig.

21.06 Uhr Herr Dr. Geier verlässt die Sitzung.

8 Informationen, Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte

Frau Kaps: Der Belag der Bushaltestelle vor der Apotheke am Wasaplatz sei sehr kaputt.

Herr Lämmerhirt: Perspektivisch werde bei der weiteren Umgestaltung des Wasaplatzes und dem Weiterbau der Stadtbahn 2020 durch die DVB AG dieses Areal völlig neugestaltet. Da dies aber noch Zukunftsmusik sei, werde man das Straßen- und Tiefbauamt um eine Zwischenlösung bitten.

Herr Petersen: Das Netzwerk „Prohlis ist bunt“ organisiere im Rahmen der interkulturellen Tage am 06. Oktober ab 14 Uhr am Prohlis Zentrum wieder ein Bürgerfest. Jeder sei gern willkommen.

Frau Adam: Sie bittet darum, im Wendehammer Trattendorfer Straße die Bordsteinabsenkung (Feuerwehrezufahrt Parkhaus) farblich kenntlich zu machen.

Herr Lämmerhirt: Dafür sei die Straßenverkehrsbehörde zuständig, man werde dort anfragen.

Herr Müller: Gibt es bereits Ergebnisse zu den Untersuchungen auf Kontamination des Bodengrundes und der Abrissobjekte beim Neubau des Prohliser Bades?

Herr Lämmerhirt: Erfreulicherweise habe man keine Schadstoffe gefunden.

Herr Müller: Sind die Spielplätze im Wohngebiet Prohlis alle städtisch?

Herr Lämmerhirt: Die Lage sei sehr gemischt, es gebe sowohl städtische als auch private (Wohnungsgesellschaften) Spielplätze.

Herr Gilke: Die Fußgängerampel über die Dohnaer Straße an der Ecke Fritz-Meinhardt-Straße sei aus Richtung Mercedes-Benz nur mit zwei Phasen passierbar.

Herr Lämmerhirt: Man werde das Straßen- und Tiefbauamt anfragen.

Herr Schneider: Gibt es zur Sanierung des Sportplatzes Teplitzer Straße neue Erkenntnisse?

Herr Lämmerhirt: Die Antwort der zuständigen Landesbehörde stehe noch aus.

Herr Schmidt: Er möchte an die von ihm gemeldeten defekten Tageswassereinläufe auf der Feuerbachstraße gegenüber der Schule erinnern.

Herr Schüller: Die Schäden seien durch das Stadtbezirksamt dokumentiert und an die zuständige Bearbeiterin beim Straßen- und Tiefbauamt gemeldet worden. Er gehe von einer baldigen Reparatur aus.

9 Informationen des Ortsamtsleiters/Sonstiges

Herr Lämmerhirt weist auf die verteilte Tischvorlage bezüglich der Bereitstellung eines kommunalen Anteils für die Sanierung eines Gebäudes auf dem Kinder- und Jugendbauernhof Nickern hin. Er hoffe, dass es nunmehr zügig mit dem Projekt vorangehe.

Das heutige Angebot einer Besichtigung des KJH Pixel sei leider nur durch ein Stadtbezirksbeiratsmitglied wahrgenommen worden. Dies sei bedauerlich, zumal sich das Haus auf den Besuch des Stadtbezirksbeirates gefreut und vorbereitet hätte. Zumindest die Abmeldung im Vorfeld sollte möglich sein.

Weitere Informationen bittet Herr Lämmerhirt den ausgeteilten Prohliser Nachrichten zu entnehmen. Er weist nochmals auf die Sondersitzung zur 2. Lesung des Haushalts am 29.10.2018, 17 Uhr im Stadtbezirksamt hin.

Die Sitzung endet 21.17 Uhr.

Jörg Lämmerhirt
Vorsitzender

Steffen Schüller
Schriftführer

Uwe Petersen
SBR-Mitglied

Harald Gilke
SBR-Mitglied